

Freiheit kämpfenden Völkern ihre tiefe Sympathie und Solidarität zum Ausdruck.

Dank der Friedenspolitik der Sowjetunion, dank des gemeinsamen Kampfes aller sozialistischen Länder mit den übrigen Friedenskräften der Welt, wurde mehr als einmal die Gefahr eines neuen Weltkrieges gebannt.

Dieser gesetzmäßigen Entwicklung und der Politik des Friedens, die den Lebensinteressen aller Völker entspricht, suchen die aggressiven imperialistischen Kräfte unter der Führung des USA-Imperialismus hartnäckig entgegenzuwirken. Sie setzen den kalten Krieg fort, betreiben fieberhaft die atomare Vorbereitung eines Weltbrandes, unterstützen in allen Teilen der Welt die reaktionärsten, völkerfeindlichen Kräfte. Sie suchen die wachsende Friedensbewegung durch psychologische Kriegführung und brutalen Terror zu unterdrücken, provozieren internationale Konflikte und streben danach, neue Kriegsherde zu erzeugen. Die Politik, die sie mit Hilfe der NATO betreiben, macht aus Westeuropa ein gefährliches Atomwaffenarsenal.

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien stimmen in der Auffassung überein, daß angesichts dieser Entwicklung eine umfassende Zusammenarbeit aller friedliebenden Kräfte der Welt zum gemeinsamen Kampf um den Frieden nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist.

Beide Seiten begrüßen den Vorschlag der Sowjetunion zur Einberufung einer Gipfelkonferenz, auf der die dringlichsten Fragen der Abrüstung und der Festigung des Friedens erörtert und gelöst werden könnten. Sie unterstützen vollinhaltlich die von der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten unterbreiteten Vorschläge über das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen, über die Einstellung der Kernwaffenversuche, über die Verringerung der Streitkräfte und Rüstungen, über die Auflösung der Militärstützpunkte auf fremdem Territorium sowie für die Verhütung von Überraschungsangriffen.

Beide Seiten werden weiterhin jeden Schritt, der der Abrüstung und der Festigung des Friedens dient, unterstützen. Sie unterstreichen in diesem Zusammenhang die große Bedeutung der neuen Vorschläge der Regierung der Volksrepublik Polen zur etappenweisen Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die den Alldruck des Atomkrieges von den europäischen Völkern nehmen würde.

Beide Seiten stellen fest, daß der in Westdeutschland wiedererstan-